

# Das Postulat der ‚Sammlung der Mitte‘ und ein Wechselspiel aus Konfrontation, Distanz und Annäherung – Das ambivalente Verhältnis von Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Deutscher Volkspartei (DVP) in Baden 1918-1933

Hermann Dietrich, Landesvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Baden, grämte sich Mitte der 1920er Jahre, dass es nach der „Novemberrevolution“ 1918 nicht gelungen war, die Spaltung des deutschen Liberalismus zu überwinden. Einem ehemaligen politischen Weggefährten hielt er betrübt vor: „Wenn Ihr alle bei mir geblieben wäret, dann hätten wir heute eine gemäßigt liberale Partei, ohne die in Baden nichts zu machen ist und die durchaus den Interessen, die vermeintlich vernachlässigt wurden, dienen würde.“<sup>1</sup> Während in Berlin die Fusionsverhandlungen zwischen den Delegationen der beteiligten Parteien und Gruppen Mitte Dezember 1918 endgültig gescheitert waren, wurde zur gleichen Zeit in mehreren Bundesstaaten, darunter in Baden und in Württemberg, die liberale Einheit durch den Beitritt der Nationalliberalen Partei (NLP) zur neugegründeten DDP scheinbar wiederhergestellt.<sup>2</sup>

Der Neuformierungsprozess im liberalen Lager verlief im Deutschen Reich also keineswegs gleichförmig und wurde nicht nur von den Ereignissen in Berlin bestimmt. Hinzu kam, dass die spärlichen und häufig widersprüchlichen Nachrichten vom Stand der Verhandlungen zwischen den Parteivertretern in der Hauptstadt mit Verspätung in den Ländern eintrafen und in den dortigen Parteiorganisationen mitunter Verwirrung stifteten. Daher sollen in diesem Beitrag zunächst die Anfänge der DDP im Südwesten näher betrachtet und dabei der Frage nachgegangen werden, welche Motive dafür ausschlaggebend waren, dass die badischen Landesverbände der Nationalliberalen und Linksliberalen ihre Vereinigung besiegelten. Bereits im Frühjahr 1919 konstituierten

1 Dietrich an Karl Ringwald, 28.10.1925, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlass Hermann Dietrich N 1004/74, Bl. 185.

2 Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933. Chapel Hill 1988, S. 19 und 27.

sich allerdings in verschiedenen Städten Badens Ortsvereine und noch im selben Jahr ein Landesverband der Deutschen Volkspartei (DVP), die mit ihrem Parteivorsitzenden Gustav Stresemann das Erbe der NLP angetreten hatte.

Die Existenz der DDP als gesamtliberale Partei stellte also nur eine Episode dar. Doch Hermann Dietrich und zahlreiche Mitstreiter, die ebenfalls bis Ende 1918 der NLP angehört hatten, blieben in der DDP und richteten ihr Handeln beharrlich darauf aus, Optionen für eine Kooperation von DDP und DVP auszuloten. Trotz der innerparteilichen Widerstände gegen diesen Kurs erzielten die Verfechter der gesamtliberalen Idee, wie zu zeigen sein wird, beachtliche Erfolge, doch ihr Wunsch einer Vereinigung der beiden Parteien blieb unerfüllt.

## I.

Das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung, dass die deutschen Streitkräfte den Krieg verloren hatten, versetzte das Bürgertum im Herbst 1918 in eine Schockstarre. Es sah tatenlos zu, als die aufständischen Arbeiter und Soldaten in der ersten Novemberhälfte die Abdankung sämtlicher Fürstenhäuser in Deutschland einforderten und durchsetzten. Dabei hatte noch wenige Tage zuvor die Nationalliberale Partei in Baden in völliger Verkennung der Lage die Erhaltung des Kaisertums als „eine Lebensnotwendigkeit und eine Ehrensache des deutschen Volkes“ betrachtet.<sup>3</sup>

In der Landeshauptstadt Karlsruhe bildeten sich am Abend des 9. November 1918 fast zeitgleich ein Soldatenrat und ein Wohlfahrtsausschuss, in dem Vertreter der SPD, des Zentrums, der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und der NLP saßen. Die Parteien drängten auf die rasche Bildung einer neuen Regierung, um die Aufstandsbewegung in ruhige Bahnen lenken zu können. Eine Kommission des Wohlfahrtsausschusses verständigte sich mit Vertretern des Soldatenrates auf eine Kandidatenliste für eine vorläufige Volksregierung, in der bis auf die Konservativen alle politischen Richtungen Berücksichtigung fanden. Um den sozialistischen Parteien eine größere Geltung zu verschaffen, wurde die Zahl der Ministerien von vier auf elf erhöht. Die SPD stellte allein fünf Mitglieder der neuen Regierung, darunter mit Anton Geiß den Ministerpräsidenten. Während das Zentrum und die USPD je zwei Ministerien erhielten, stellten die beiden liberalen Parteien je einen Minister: Ludwig Haas übernahm für die FVP das Innenministerium, Hermann Dietrich, zum damaligen Zeitpunkt nationalliberaler Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Konstanz, wurde das Außenministerium übertragen. „Es gehört zu den auffälligen Besonderheiten der Revolution in Baden, daß ein

<sup>3</sup> Deutscher Volksbote Nr. 45, 6. Jg., 10.11.1918, S. 6.

Mitglied der Nationalliberalen Partei, wenn auch des linken Flügels, als regulärer Ressortchef an der Bildung der neuen Regierung beteiligt wurde.<sup>4</sup> Ursprünglich hatten die anderen Parteien nicht beabsichtigt, die Nationalliberalen in die Regierungsbildung einzubeziehen. Nachdem aber deren Vorsitzender Edmund Rebmann darum gebeten hatte, seine Partei nicht auszuschließen, habe Ludwig Haas namens der FVP in einen Kompromiss eingewilligt und ein Ministerium der NLP überlassen.<sup>5</sup> Dieses großzügige Entgegenkommen deutete an, dass angesichts des politischen Umbruchs und einer ungewissen Zukunft viele Liberale bereit waren, die Differenzen im eigenen Lager beizulegen und die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu rücken.

Da Großherzog Friedrich II. erklären ließ, dass er die Regierungsbildung nicht als verfassungsgemäß anerkennen könne und nur angesichts der Zeitumstände keinen Widerspruch einlege, beschränkte sich die Regierung vorerst auf eine Verlautbarung, dass über die Frage der künftigen Staatsform eine verfassunggebende Landesversammlung entscheiden solle. Doch aus Furcht vor einer eigenmächtigen Ausrufung der Republik durch die Arbeiter- und Soldatenräte fügte das Kabinett der Veröffentlichung des großherzoglichen Entschlusses vom 13. November 1918, auf die Ausübung der Regierungsgewalt zu verzichten, die Erklärung hinzu, dass Baden nun eine freie Volksrepublik sei.<sup>6</sup> Auf diese Weise war die Frage der Staatsform präjudiziert worden, auch wenn nochmals die Entscheidungskompetenz der verfassunggebenden Versammlung herausgestellt wurde. Öffentlicher Widerspruch gegen diese Entscheidung erfolgte nicht, denn das bürgerliche Lager schien sich ebenfalls mit der Republik als künftiger Staatsform abgefunden zu haben.

Die Wahl der Landesversammlung, so hatte die Regierung entschieden, sollte am 5. Januar 1919 nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen, die am Tag der Wahl Badener waren, stattfinden.

## II.

Mit der Ausschreibung von Wahlen wollte die SPD ihren Führungsanspruch legitimiert wissen und stellte mit dieser Haltung unter Beweis, dass sie eine Verfassungspartei war. Zudem enthielt dieses Vorgehen eine Aufforderung an das Bürgertum, am Aufbau eines demokratischen Staatswesens und an der

4 Peter Brandt/Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution. Sigmaringen 1991, S. 83.

5 Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878-1949, hrsg. von Josef Becker. Stuttgart 1964, S. 85.

6 Wilhelm Engelbert Oeftering: Der Umsturz 1918 in Baden. Konstanz 1920, S. 221.

Bewältigung der Kriegslasten mitzuwirken. Mit Ausnahme der Zentrumspartei als der Partei des katholischen Milieus waren die politischen Strömungen im Bürgertum, Konservativismus und Liberalismus, unmittelbar nach dem Umsturz zunächst damit beschäftigt, sich auf der Grundlage neuer Programme zu organisieren. Angesichts des zu erwartenden Stimmenzuwachses der sozialistischen Parteien bei den anstehenden Wahlen wuchs die Zahl derer, die sich für die Überwindung der seit 1866 andauernden Spaltung des deutschen Liberalismus aussprachen, um mit vereinten Kräften die weitere politische Entwicklung zu beeinflussen. Ein gemeinschaftliches Agieren von NLP und FVP wurde zum Gebot der Stunde erhoben.

Die von den Vertretern beider Parteien in Berlin erzielte Einigung, den Wahlkampf zur Nationalversammlung auf Grundlage eines gemeinsamen Aufrufs zu bestreiten und nach den Wahlen die Bedingungen für eine Parteienfusion auszuhandeln, wurde aber umgehend hinfällig.<sup>7</sup> Am 16. November 1918 erschien im Berliner Tageblatt ein Aufruf zur Gründung „einer großen demokratischen Partei für das einzige Reich“, der von einem Personenkreis um den Chefredakteur Theodor Wolff und den Nationalökonom Alfred Weber formuliert worden war.<sup>8</sup> Ihr Ziel war es, dem liberalen Bürgertum an der Seite der Sozialdemokratie Einfluss auf die weitere gesellschaftliche und staatliche Entwicklung zu sichern. Fortan bestanden die Vertreter der FVP darauf, dass zu den laufenden Verhandlungen mit den Nationalliberalen Unterzeichner des demokratischen Aufrufs hinzugezogen wurden. Die Hoffnungen auf eine Vereinigung der liberalen Parteien erhielten sofort einen herben Dämpfer, weil die „Tageblatt-Gruppe“ eine bedingungslose Anerkennung ihres demokratischen Programms verlangte und die Fusion von FVP und NLP kategorisch ablehnte.

Nach Aussetzung der Gespräche bekundete der Parteivorsitzende der NLP, Robert Friedberg, den Willen seiner Partei, eine Vereinigung mit der FVP zu vollziehen, wenn die „Tageblatt-Gruppe“ außen vor bleibe. Um nicht in den Bundesstaaten vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wandte sich Stresemann an die Landesvorsitzenden der NLP. So ersuchte er telegraphisch auch Edmund Rebmann, bis zu einer Stellungnahme der Parteileitung keine Eingangsverhandlungen mit anderen Parteien zu führen.<sup>9</sup> Dagegen hielt die Führung der FVP eine Einigung mit den Initiatoren des demokratischen Aufrufs für unumgänglich, da sie um jeden Preis die Entstehung einer Partei zwischen

7 Vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 45-74; Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 31-45.

8 Der Aufruf ist abgedruckt in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933. 2. Aufl. Berlin 1966, S. 173 ff.

9 Stresemann an Rebmann, 19.11.1918, in: Generallandesarchiv, Karlsruhe (GLA), Archiv der Nationalliberalen Partei Baden 69 P/36, hier 69 P/36/187.

Sozialdemokratie und FVP zu verhindern trachtete. „In den folgenden Tagen spitzten sich die Ereignisse dramatisch zu. Zur größten Überraschung der nationalliberalen Parteiführung fusionierte die FVP am 20. November 1918 mit der demokratischen Gruppe, überführte ihre gesamte Parteiorganisation in die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und forderte ihre Mitglieder auf, den Anschluß an diese ungesäumt zu vollziehen.“<sup>10</sup>

### III.

Die FVP in Baden leistete dieser Aufforderung Folge und verkündete am 25. November den Beitritt ihrer Landesorganisation, der nach eigenen Angaben 123 Ortsvereine angehörten, zur DDP.<sup>11</sup> Es ist jedoch zweifelhaft, ob sich die Organisation der FVP zu diesem Zeitpunkt bereits wieder in einem arbeitsfähigen Zustand befand. In einer Pressemitteilung räumte jedenfalls die badische NLP zur selben Zeit ein, dass ihr Bestand im Krieg schwer Not gelitten habe, da zahlreiche Orts- und Bezirksvereine lahm gelegt und einige sogar aufgelöst worden seien. Selbst das wiedereröffnete Generalsekretariat sei in den letzten beiden Kriegsjahren geschlossen gewesen, so dass sich die aktuelle Zahl der Mitglieder nicht annähernd bestimmen lasse.<sup>12</sup> Zudem verfügte der Landesvorstand der NLP in Karlsruhe über keine gesicherten Kenntnisse, was die Einstellung der Basis zu einer Vereinigung mit der FVP betraf. Der Bitte Stresemanns entsprechend verhielt sich die Parteiführung in dieser Angelegenheit zunächst passiv.

Aufgrund des viel beachteten Gründungsaufrufs der DDP, der „eine massenweise Eintritts- und Anschlußbewegung auslöste“<sup>13</sup>, erwarteten jedoch die nationalliberalen Parteimitglieder mit wachsender Ungeduld verbindliche Beschlüsse der Führungsgruppen. Verwirrung löste schließlich die erstmals am 19. November 1918 gebrachte Meldung aus, dass in Heidelberg Verhandlungen über eine Fusion von NLP und FVP geführt würden.<sup>14</sup> An den folgenden Tagen erreichten die Parteiführung zahlreiche Schreiben, in denen Mitglieder und Funktionsträger der Partei ihre persönlichen Ansichten oder den Standpunkt ihres Ortsvereins zur Vereinigungsfrage mitteilten.

So berichtete ein Parteimitglied aus Lahr, eine Aussprache der führenden Männer des liberalen Vereins habe volle Einmütigkeit erzielt, „dass die

10 Richter, Deutsche Volkspartei (wie Anm. 7), S. 37.

11 Frankfurter Zeitung Nr. 328, 26.11.1918.

12 Konstanzer Zeitung Nr. 325, 29.11.1918.

13 Lothar Albertin: Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik – Etappen ihres Niedergangs, in: Hans Vorländer (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus. München 1987, S. 57-89, hier S. 57.

14 Badische Landeszeitung Nr. 541, 19.11.1918; Konstanzer Zeitung Nr. 316, 20.11.1918.

alsbaldige Verschmelzung beider Parteien zu einer einzigen Partei eine unbedingte Notwendigkeit sei, und dass deshalb die ihr hinderlichen, etwa noch vorhandenen programmatischen und sicher – wie überall auch hier – bestehenden persönlichen Gegensätze überwunden werden müssen und bei gutem Willen auf beiden Seiten auch überwunden werden können“.<sup>15</sup> Diesen Standpunkt nahmen die nationalliberalen Vereine in Lörrach, Rastatt und Bruchsal ebenfalls ein.<sup>16</sup> Noch keine Position bezogen hatten die Nationalliberalen in Adelsheim: „Verschiedene Parteifreunde möchten schon jetzt sich mit der hiesigen demokratischen Partei verbrüder, einige neigen auch nach rechts und halten sich ‚monarchische Gefühle‘ in einer Herzensecke bereit, um es (sic!) nötigenfalls schnell bei der Hand zu haben – was m[eines] E[rachtens] bei den meisten unserer Parteifreunde zutrifft [...].“<sup>17</sup> Der Freiburger Universitätsprofessor Ernst Fabricius, Mitglied der Ständekammer des Badischen Landtags, machte darauf aufmerksam, dass sich die programmatischen Forderungen von NLP und FVP zur Zeit nur notgedrungen decken würden, während die Gegensätze in ihren Anschauungen weiterhin bestünden. Angesichts der Verbitterung nationalliberaler Kreise gegen die „radikale Strömung“ der bedeutenden linksliberalen Tageszeitungen, Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung, und der Furcht vor sozialistischen Umwälzungen würde, davon war Fabricius überzeugt, „der zuverlässigste Teil der nationalliberalen Anhängerschaft“ zur Bildung einer großen konservativen Partei in Baden beitragen.<sup>18</sup>

Währenddessen hatten sich in Berlin bereits einige Nationalliberale, die ehedem dem linken Parteiflügel angehört hatten, der DDP angeschlossen. Die Parteispitze um Stresemann reagierte auf die Kehrtwende der FVP umgehend mit dem Aufruf zur Gründung einer „Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage“, die als Vertreterin der alten nationalliberalen Richtung in neue Einigungsverhandlungen eintreten sollte. Noch Ende November 1918 wurden die Gespräche über eine Vereinigung des liberalen Lagers wieder aufgenommen. Obwohl sich die Unterhändler der DDP weiterhin weigerten, auf die personellen und programmatischen Forderungen der Nationalliberalen einzugehen, beugte sich Friedberg als Verhandlungsführer der NLP trotzdem vollständig den von der Gegenseite gestellten Bedingungen, da er kein Vertrauen mehr in die Zukunftsfähigkeit einer eigenständigen nationalliberalen Parteiorganisation besaß. Am Nachmittag des 3. Dezember 1918 wies er die

15 Rechtsanwalt Gebhardt an Rebmann, 21.11.1918, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

16 Schreiben des Lörracher Bürgermeisters Gugelmeier, 21.11.1918; Entschließung des nationalliberalen und jungliberalen Vereins Rastatt, 21.11.1918; Weber an Rebmann, 23.11.1918, in: GLA, 69 P/36/205 (wie Anm. 9).

17 Bezirksbaukontrolleur Friedrich Herold an Rebmann, 22.11.1918, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

18 Fabricius an Rebmann, 21.11.1918, in: GLA, 69 P/36/205 (wie Anm. 9).

Reichsgeschäftsstelle an, eine offizielle Meldung über die erfolgte Vereinigung beider Parteien herauszugeben.<sup>19</sup>

Die Nachricht von der neuerlichen Verhandlungsrunde in Berlin veranlasste die Führung der badischen NLP, ebenfalls mit dem Angebot von Einigungs-gesprächen an die DDP heranzutreten. Offenbar hatten die Orts- und Bezirks-vereine auf eine baldige Klärung dieser Frage gedrängt, denn in einer Presse-erklärung vom 29. November warb die NLP um Verständnis und Geduld ihrer Mitglieder: „Wenn bis heute eine Entscheidung noch nicht gefallen ist, so liegt dies nicht am Mangel an gutem Willen seitens der Parteileitung, sondern an den tatsächlichen Schwierigkeiten. Während nämlich aus den Städten der Wunsch nach Verschmelzung recht lebhaft geäußert wird, lauten die Mitte-lungen vom Lande im wesentlichen entgegengesetzt.“<sup>20</sup> Deshalb müsse man im Falle einer Fusion mit der DDP mit einer „erheblichen Abwanderung“ von Mitgliedern nach rechts rechnen. Mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) hatte nämlich eine Partei die politische Bühne mit dem Vorsatz betreten, alle restaurativen Kräfte, die mit dem Sturz der Monarchie nicht ein-verstanden waren, unter ihrem Dach zu vereinen.

Der Dialog zwischen der NLP und der DDP in Karlsruhe stand aber schon vor Beginn unter keinen günstigen Vorzeichen. Als Hauptstreitpunkt erwiesen sich die Modalitäten zur Zusammenführung der Mitglieder beider Parteien. Die Unterhändler der DDP erklärten zunächst lediglich, dass eine reine Ver-schmelzung der beiden Parteien von ihnen abgelehnt werden müsse, doch werde über den Eintritt der NLP in die DDP „unter bestimmten Vorbehalten“ weiter verhandelt.<sup>21</sup> Was sich hinter dieser Formulierung verbarg, schilderte Rebmann einem Parteifreund so: Die Demokraten hätten die alleinige Befugnis beansprucht, über den Beitritt jedes einzelnen Nationalliberalen zu entschei-den, da sie alle Kreise, die sich im Ersten Weltkrieg „hervorragend annexio-nistisch, imperialistisch oder vaterlandsparteilich“ geäußert oder betätigt hat-ten, fernhalten wollten. Dies, so Rebmann, treffe fast auf die ganze Partei zu, denn „der Zweck dieser Forderung ist: volle und bedingungslose Kapitulation der gesamten Partei“.<sup>22</sup> Dennoch habe man auf nationalliberaler Seite noch keine Stellung zu diesen Forderungen bezogen, um die Verhandlungen nicht am ersten Tag platzen zu lassen. Völlig überrascht dürften die Nationallibera-ten von dieser Forderung aber keinesfalls gewesen sein, entsprach sie doch den Vorstellungen des DDP-Gründerkreises in Berlin und auch der deutsch-de-mokratische Verein Lahr hatte am 24. November 1918 aus denselben Gründen einstimmig eine Fusion mit der NLP abgelehnt.<sup>23</sup>

19 Richter, Deutsche Volkspartei (wie Anm. 7), S. 39 f.

20 Konstanzer Zeitung Nr. 326, 30.11.1918.

21 Konstanzer Zeitung Nr. 327, 30.11.1918.

22 Rebmann an Ringwald, 29.11.1918, in: GLA, 69 P/36/205 (wie Anm. 9).

23 Badische Landeszeitung Nr. 558, 29.11.1918.

Da kein Kompromiss möglich schien, stellte der Engere Ausschuss der NLP Badens am 1. Dezember 1918 mit Bedauern fest, dass die von ihr gewünschte Einigung an den unannehbaren Forderungen der DDP gescheitert sei. Da man zu diesem Zeitpunkt davon ausging, dass es auch in Berlin bei der Auflösung der alten und der Gründung von zwei neuen Parteien bleiben würde, beschloss der Engere Ausschuss einstimmig, die NLP mit ihren sämtlichen Gliederungen unter neuem Namen als Badische Volkspartei fortzuführen. Gleichwohl wurde an der Auffassung festgehalten, dass „eine Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten, nicht sozialdemokratischen Männer und Frauen in Baden und im Reich geboten ist“.<sup>24</sup> Mit diesem geschickten Schachzug wurde der Druck auf die Demokraten erhöht. Denn für den Fall, dass sich die NLP ohne größere personelle Verluste behaupten sollte, drohte der DDP das Schicksal ihrer Vorgängerparteien, die in Baden hinsichtlich ihres Mitglieder- und Wählerpotentials sowie ihres politischen Einflusses stets im Schatten der Nationalliberalen gestanden hatten.

Die voreilige Meldung von der vollzogenen Einigung in Berlin führte dazu, dass sich die badischen Demokraten daraufhin gezwungen sahen, ihre Forderungen zu überdenken und mit einer Geste des guten Willens noch einmal auf die Nationalliberalen zuzugehen. In einer Sitzung des Landesausschusses plädierten die Landtagsabgeordneten Hermann Hummel und Oskar Muser unter Wahrung „gewisser Mindestforderungen“ für einen neuen Anlauf zur Verständigung. „In eingehender Aussprache machte sich starker Widerstand gegen eine nochmalige Aufnahme der Verhandlungen geltend. Doch wurde die Einsetzung einer Kommission zur etwaigen Fortführung der Verhandlungen auf Grund der vorgeschlagenen Mindestbedingungen gutgeheißen.“<sup>25</sup> Da die Nationalliberalen noch immer an einer Einigung interessiert waren, konnten die Delegationen bei ihrem Treffen am 10. Dezember 1918 die Differenzen in den strittigen Personal- und Programmfragen ausräumen. In der Vereinbarung über die Vereinigung beider Parteien verzichtete die DDP nun auf den Ausschluss von einzelnen Nationalliberalen, so dass die Mitglieder der Badischen Volkspartei aufgrund von Mitgliederverzeichnissen ihrer Organisationen geschlossen den Orts- und Bezirksvereinen der DDP beitreten sollten.<sup>26</sup> In Vereinen, in denen die Nationalliberalen die Mehrheit bildeten, stand diesen die Hälfte der Vorstandssitze zu, in solchen mit „erheblicher Minderheit“ hatte die nationalliberale Richtung Anspruch auf entsprechende Vertretung. Anschließend sollten die Ortsvereine umgehend ihre Delegierten für die Wahlkreiskonferenzen benennen. Diesen fiel die Aufgabe zu, die Kandidaten zu den Wahlen zur badischen verfassunggebenden Versammlung zu nominieren. Die

24 Konstanzer Zeitung Nr. 329, 3.12.1918.

25 Frankfurter Zeitung Nr. 342, 10.12.1918.

26 Aufruf „An unsere Parteifreunde“, in: Badische Landeszeitung Nr. 579, 11.12.1918.

Unterhändler beider Parteien hatten sich darauf verständigt, die Kandidatenlisten paritätisch mit Links- und Nationalliberalen zu besetzen.

Bis zur Einberufung einer ordentlichen Landesversammlung amtierte ein Vollzugsausschuss als vorläufiger Parteivorstand, der sich aus den Vorsitzenden der DDP und der Badischen Volkspartei zusammensetzte. Den 1. Vorsitz übernahm mit Hermann Hummel erwartungsgemäß ein ehemaliger Parteigänger der FVP, weil es nach Ansicht der Linksliberalen ausgeschlossen war, dass die DDP mit einem Nationalliberalen an der Spitze den Aufbruch in eine neue Zeit verkörpern könne. Ihm zur Seite standen Ludwig Haas und Oskar Muser sowie von nationalliberaler Seite Hermann Dietrich, Karl Glockner und Friedrich Sänger. Jeder der Genannten verfügte als Abgeordneter im Landtag oder, wie im Falle von Haas, im Reichstag bereits über langjährige Erfahrung in der Politik. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen zeichneten sie unter dem Datum des 12. Dezember 1918 verantwortlich für „Wahlauftruf und Programm der Deutschen Demokratischen Partei in Baden“.<sup>27</sup>

Die Anwendung des Paritätsprinzips in Personalfragen stärkte die Position der ehemaligen Fortschrittlichen, die die Nationalliberalen aufgrund ihrer politischen Vergangenheit nicht für fähig und willens hielten, aufrichtig am Aufbau der Republik mitzuwirken. Trotz ihres Entgegenkommens gaben die Nationalliberalen allerdings nicht den Anspruch auf, das personelle und programmatische Erbe der NLP zum Wesenskern der DDP zu machen, und richteten ihre Strategie darauf aus, schrittweise zusätzliche Führungspositionen innerhalb der neuen Partei zu erobern. Deshalb wandte sich die Parteiführung der Nationalliberalen mit der dringenden Aufforderung an ihre Basis, unverzüglich zu handeln: „Unser Einfluß in der Deutschen demokratischen Partei hängt lediglich davon ab, ob wir energisch genug sind, uns Einfluß zu verschaffen.“<sup>28</sup> In seiner ersten Stellungnahme feierte der Vollzugsausschuss der DDP die Fusion der liberalen Parteien Badens als einen großen Wurf und forderte die Parteimitglieder auf, alles Trennende zu vergessen und alle persönliche Empfindlichkeit abzulegen. Vielmehr sollten sie sich von dem Gedanken leiten lassen, dass nur die Zusammenfassung aller Kräfte das Werk mit dem erhofften Erfolg krönen werde.<sup>29</sup> Am 13. Dezember 1918 genehmigte der engere Ausschuss der Badischen Volkspartei mit allen gegen zwei Stimmen das Vereinigungsabkommen mit der DDP. Dennoch gab es wohl nicht wenige Mitglieder dieses Gremiums, die an der Richtigkeit dieses Schrittes zweifelten. Fabricius berichtete in seinen Lebenserinnerungen, er habe sich bei Behandlung der Anschlussfrage dem Vorhaben der Parteiführung nicht entgegengestellt, auch wenn ihm die Demokraten unsympathisch gewesen seien. Nur aus

27 Konstanzer Zeitung Nr. 343, 17.12.1918.

28 Aufruf (wie Anm. 26).

29 Aufruf des Vollzugsausschusses der DDP in Baden vom 11. Dezember 1918, in: Konstanzer Zeitung Nr. 339, 13.12.1918.

Rücksicht auf die ihm nahe stehenden Parteiführer habe er sich dazu entschieden, der DDP beizutreten.<sup>30</sup>

Unterdessen zeichnete sich in der Reichshauptstadt ab, dass es zu keiner umfassenden Vereinigung der liberalen Parteien in Deutschland kommen würde. Obwohl bereits zahlreiche nationalliberale Vereine der DDP beigetreten waren, votierte der Zentralvorstand in seiner letzten, sehr schwach besuchten Sitzung am 15. Dezember 1918 mit einer knappen Mehrheit von 33 gegen 28 Stimmen für den von Stresemann lancierten Antrag, die Organisation der NLP als Deutsche Volkspartei weiterzuführen. Noch am Nachmittag desselben Tages fanden sich knapp hundert Anhänger der DVP zur konstituierenden Versammlung zusammen. Im Zuge der Vorbereitungen hatte Stresemann per Telegramm Rebmann das Angebot unterbreitet, den Vorsitz oder einen Posten als Stellvertreter in der neuen Partei zu übernehmen.<sup>31</sup> Rebmann ging auf diese Offerte jedoch nicht ein, sondern trat der DDP bei. Von seinem Entschluss unterrichtete er Stresemann aber offenbar nicht, denn Ende Dezember erbat die völlig ahnungslose Reichsgeschäftsstelle der DVP einen Bericht von Rebmann, aus dem ersichtlich sein sollte, welche ehemals nationalliberalen Organisationen zur DVP gewechselt seien!<sup>32</sup>

Zur selben Zeit, als in Berlin der Gründungakt der DVP über die Bühne ging, lief im Südwesten bereits die Überführung der Badischen Volkspartei in die Organisation der DDP an. Noch in der Woche vor Weihnachten fanden in zahlreichen Städten und Gemeinden gemeinsame Sitzungen der Parteivorstände oder bereits Generalversammlungen der erweiterten demokratischen Orts- und Bezirksvereine statt, um den früheren Mitgliedern der NLP unverzüglich und gemäß der ausgehandelten Vereinigungsbestimmungen Sitze in den Vorständen zu überlassen.<sup>33</sup> In Eberbach am Neckar traten von Seiten der NLP 91 Personen dem DDP-Ortsverein bei, der bis dahin 124 Mitglieder gezählt hatte. Die Vorstände der beiden Parteien verständigten sich darauf, dass im Ortsverein künftig die Ämter des 2. Vorsitzenden und des stellvertretenden Schriftführers von ehemaligen Nationalliberalen zu versehen seien. Außerdem wurden ihnen neun Sitze im erweiterten Vorstand zugestanden, während der 1. Vorsitzende „für immer“ von den Gründungsmitgliedern der DDP gestellt werden sollte.<sup>34</sup> Diese Vereinbarung machte deutlich, dass die Demokraten

30 Universitätsarchiv Freiburg, Ernst Fabricius: Erinnerungen (Entstehungszeitraum Oktober 1937 – April 1941), C 145, S. 435–437.

31 Telegramm Stresemanns an Rebmann, 11.12.1918, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

32 Reichsgeschäftsstelle der DVP an Rebmann, 31.12.1918, in: ebd.

33 Badische Landeszeitung Nr. 587, 16.12.1918 (Kehl); Badische Landeszeitung Nr. 593, 19.12.1918 (Bruchsal, Rastatt und Lahr); Konstanzer Zeitung Nr. 345, 19.12.1918 (Singen am Hohentwiel).

34 Stadtarchiv Eberbach, Protokollbuch der deutsch demokratischen Partei Eberbach, Mitgliederversammlung am 19.12.1918.

beabsichtigten, dauerhaft den Einfluss der Nationalliberalen in der DDP zu beschränken.

Da die organisatorische Zusammenfassung von Links- und Nationalliberalismus auch in anderen Orten von Vorbehalten und gegenseitigem Misstrauen gekennzeichnet war, fühlten sich viele Nationalliberale von Anfang an in der DDP nur geduldet und an den Rand gedrängt. Der Pforzheimer Fabrikant Rudolf Gattner vertraute Rebmann an, dass er keine Freude über die Verschmelzung der beiden Parteien empfinde. „Die Fortschrittler und diejenigen Herren von uns, die vordem schon ziemlich weit links standen [...], haben jetzt das große Wort, und diejenigen, die mehr rechts stehen, ziehen sich entweder zurück oder sehen sich als lästige Mahner zurückgedrängt.“<sup>35</sup> Aus Rastatt berichtete Adolf Niederbühl, der dem rechten Flügel der NLP angehört hatte, dass die DDP seinen Beitritt zunächst abgelehnt habe und seine Aufnahme erst durch den entschiedenen Widerspruch der Nationalliberalen erzwungen worden sei.<sup>36</sup>

Von diesen Reibungen versuchte die DNVP zu profitieren. In ihrer Kampagne zu den Wahlen zur badischen verfassunggebenden Versammlung und zur Deutschen Nationalversammlung warb sie intensiv um die nationalliberale Anhängerschaft, indem sie sich als wahre Erbhüterin der NLP darstellte und die DDP auf eine „Gründung der Kreise des Berliner Tageblatts“ reduzierte.<sup>37</sup> Die DDP ließ die Vorwürfe nicht auf sich sitzen und bezeichnete die deutschnationalen Behauptungen in einem Aufruf als „eine glatte Unwahrheit“, da ihr bislang nur von ein paar wenigen Nationalliberalen der Parteiaustritt angezeigt worden sei. Außerdem wiesen die badischen Demokraten ihre Gleichsetzung mit dem Berliner Tagblatt entschieden zurück, da sie in programmatischen Fragen ihre völlige Freiheit gegenüber der Parteizentrale in Berlin gewahrt hätten.<sup>38</sup>

#### IV.

Bei den Wahlen zur badischen verfassunggebenden Versammlung am 5. Januar 1919 gewann die DDP 22,8% der abgegebenen Stimmen und lag damit in der Gunst der Wähler auf Rang drei. Die meisten Stimmen konnte das Zentrum mit 36,6% auf sich vereinigen, gefolgt von der SPD, die bei einem Stimmenanteil von 32,1% lag. Diese drei Parteien, die zusammen 100 der insgesamt 107 Abgeordnetensitze errungen hatten, setzten als Weimarer Koalition die

35 Gattner an Rebmann, 29.12.1918, in: GLA, 69 P/36/243 (wie Anm. 9).

36 Niederbühl an Rohrhurst, 26.12.1918, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

37 Süddeutsche Zeitung, o. Dat. Entnommen aus: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

38 Freiburger Zeitung Nr. 1, 2.1.1919.

Arbeit der vorläufigen Volksregierung fort. Viele Demokraten hatten jedoch auf ein besseres Abschneiden gehofft. In einer Analyse der Wahlen konstatierte Hermann Dietrich, dass „unsere ehemals nationalliberalen Parteifreunde nahezu geschlossen in der neuen gemeinschaftlichen deutsch-demokratischen Partei mitgekämpft und mitgewählt haben. Das Wahlergebnis kann als ein leidliches bezeichnet werden, wenn auch viele Stimmen an die Sozialdemokratie und an die Deutschnationalen, wenn auch in geringerem Masse, verloren gegangen sind. Der Zusammenschluss der beiden Parteien vollzog sich in grosser Eile; es ist daher begreiflich, dass es dabei zu allerhand Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten kam, die heute noch nachklingen.“<sup>39</sup>

In der Landeshauptstadt hatten zwar Mitte Dezember 1918 in einer Mitgliederversammlung die Nationalliberalen und die Jungliberalen bei nur sieben Gegenstimmen der Verschmelzung mit der DDP zugestimmt, doch wurde die Vereinigung der Organisationen zunächst vertagt. Auf einer Sitzung des Vorstands des Nationalliberalen Vereins Karlsruhe Ende Januar 1919 äußerten fast alle Anwesenden massive Unzufriedenheit über die Entwicklung der DDP und gaben auf diese Weise zu erkennen, dass die Partei von einer Gesinnungsgemeinschaft noch weit entfernt war.<sup>40</sup> Als die Frage über die Behandlung des Vereinsvermögens aufgeworfen wurde, unterbreitete Rebmann den Vorschlag, einen Teil des Kapitals über fünf Jahre festzulegen und erst dann an die DDP zu überweisen, wenn die Vereinigung noch Bestand habe. Dagegen lehnte Ernst Frey ein solches Vorgehen ab, weil auf diese Weise die vorhandenen Gegensätze nur weiter verschärft würden. Dank seines Plädoyers stimmte der Vorstand am Ende einstimmig dafür, der Mitgliederversammlung den Antrag vorzulegen, das Parteiarchiv zurückzuhalten, aber das gesamte Vereinsvermögen in Höhe von 6.000 Mark der DDP zu übertragen.<sup>41</sup> Auf Grundlage dieses Beschlusses wurde anschließend auch in Karlsruhe die Vereinigung der liberalen Parteien vollzogen.<sup>42</sup>

In einem Brief an Edmund Rebmann äußerte sich Hermann Dietrich demonstrativ zuversichtlich, dass sich in Baden die Vereinigung von Nationalliberalismus und Fortschritt aufrecht erhalten lasse und der nationalliberale Einfluss in der DDP wachse, solange die ehemaligen Parteiführer der NLP auf dieses Ziel hinarbeiten würden.<sup>43</sup> Doch viele ihrer Gesinnungsgenossen fanden sich mit dem politischen Wandel nicht ab, so dass sie mitnichten ein Bekenntnis zur Republik als künftiger Staatsform ablegten. Ab Ende Januar 1919

39 Dietrich an Rebmann, 28.1.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

40 Protokoll der Sitzung des Vereinsvorstandes am 27.1.1919, in: GLA, 69 P/36/235 (wie Anm. 9).

41 Am 10. Juli 1919 wurde dem Rechner des DDP-Ortsvereins Karlsruhe die Kasse des Nationalliberalen Vereins mit dem Betrag von 3.205 Mark in bar ausgehändigt. GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

42 Badische Landeszeitung Nr. 75, 14.2.1919.

43 Dietrich an Rebmann, 28.1.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

konstituierten sich in Mannheim, Heidelberg und Freiburg Ortsgruppen der DVP.<sup>44</sup> Dass die Gründung der DVP ihren Ausgangspunkt in Mannheim und Heidelberg nahm, war kein Zufall. In Mannheim hatten sich von Anfang an viele Nationalliberale einem Beitritt zur DDP verweigert.<sup>45</sup> Die Kritiker des Zusammenschlusses erhielten weiteren Zulauf, nachdem im Wahlbezirk Mannheim-Heidelberg nur einer der zahlreichen nationalliberalen Landtagsabgeordneten wieder als Kandidat für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung nominiert worden war.

Obwohl die Gründungsphase der DDP Wilhelm Frey ebenfalls Anlass zur Kritik gegeben hatte, nahm er die Haltung des „Vernunftrepublikaners“ ein und verteidigte ihr Bekenntnis zum neuen Staat, da ein neues Zeitalter angebrochen sei, in dem die monarchische Gewalt durch die Volkssouveränität ersetzt worden sei.<sup>46</sup> Deshalb hielt er nur die bürgerliche Demokratie dazu imstande, einen starken Schutzwall gegen die Machterweiterung der SPD zu bilden. Dass sich nun aber Nationalliberale der DNVP und der DVP anschlossen, geißelte er als Zersplitterung, die von erstaunlicher Kurzsichtigkeit zeuge. In Anbetracht der inneren Geschlossenheit der Zentrumspartei und der SPD äußerte auch Eberhard Gothein, Abgeordneter der DDP in der verfassunggebenden Versammlung, sein Unverständnis über die Bildung von „zwei Häuflein“, die doch gezwungen seien, immer wieder Fühlung zu suchen.<sup>47</sup> Dass diese Appelle immer häufiger auf taube Ohren stießen, zeigte sich im Verlauf der folgenden Monate.

Einen Tag vor der 1. ordentlichen Landesversammlung der DDP am 30. März 1919 schrieb ein Parteifreund an Edmund Rebmann: „Mir schwant, daß Sie die augenblickliche Parteiconstellation ebenso wie ich mit kritischen Augen ansehen. Diese Fusionierung halte ich für einen Fehler. Wir Nationalliberalen sind dabei über's Ohr gehauen worden, u[nd] wenn ich morgen nach Karlsruhe gehe, so geschieht es weniger, um die großen Reden zu vernehmen, als um womöglich Untertöne aus dem Land zu hören. Ich glaube so wenig an die Dauerhaftigkeit der jetzigen demokratischen Partei wie an sonstige ‚Errungenschaften‘ der Revolution.“<sup>48</sup> In dieselbe Richtung bewegten sich auch die Gedanken des langjährigen Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters von Eberbach, John Gustav Weiß. In seinen Lebenserinnerungen notierte er, dass er die Gründe für die Fusion von NLP und FVP habe nachvollziehen können. „Nicht recht war mir's aber, daß die Partei sich nun die Demokratische nannte und daß die durch diesen Namen gekennzeichneten Grundsätze in ihr zu sehr

44 Freiburger Zeitung Nr. 22, 23.1.1919, Nr. 27, 28.1.1919 und Nr. 35, 5.2.1919.

45 Anton Sickinger an Rebmann, 20.12.1918, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

46 Wilhelm Frey: Bürgertum und Sozialdemokratie, in: Badische Landeszeitung Nr. 54, 1.2.1919.

47 Badische Landeszeitung Nr. 52, 31.1.1919.

48 Karl Feder an Rebmann, 29.3.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

Oberwasser bekamen. [...] Nun war ich über Nacht Demokrat geworden. Es hätte mir nahegelegen, aus der Partei auszutreten. Aber das hätte man nicht einmal verstanden.“<sup>49</sup>

Zumindest gelang es dem Parteitag, den Eindruck der inneren Geschlossenheit nach außen zu vermitteln, weil die vom Engeren Ausschuss vorgeschlagenen Personen einstimmig in den Parteivorstand gewählt wurden.<sup>50</sup> Hinter den Kulissen war von Einvernehmlichkeit jedoch nichts zu spüren. Hermann Hummel behauptete mit dem Abstand von vielen Jahren, dass er nur mit großen Bedenken an die Spitze der DDP getreten sei, da die Partei bereits mit ihrer Gründung den „Krankheitskeim“ in sich getragen habe. „Mir für meine Person war es klar, dass nur ein ehrliches Eintreten für die kapitalistische Wirtschaftsform einen Zusammenbruch verhindern könne. Auf der einen Seite hatten sich verschämte Sozialisten, auf der anderen kleinliche Antidemokraten in die Partei geflüchtet, ein Gegensatz, der bis in die Führung spielte, so dass [...] schon deswegen eine innere Reibung in der Partei vorhanden war, welche sie zum Spielball der anderen machte. Ich musste in den sauren Apfel beißen, wollte ich mich nicht entschliessen, überhaupt aus der Partei und dem öffentlichen Leben auszuscheiden.“<sup>51</sup>

## V.

Innerhalb des badischen Landesverbandes der DDP lebten in den folgenden Jahren die Gegensätze zwischen Links- und Nationalliberalen fort. Der Parteivorstand versagte bei der Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den Parteiflügeln und ein konstruktives Miteinander herzustellen. Statt dessen fanden auch in der Führungsetage fortlaufend Kämpfe um Macht und Einfluss statt, die das Binnenklima nachhaltig vergifteten. Hummel erhob in der Rückschau schwerwiegende Vorwürfe gegen Hermann Dietrich, weil dieser mit seinen Vertrauten in den Parteigremien und in der Landtagsfraktion konspirativ die Stärkung des nationalliberalen und insbesondere seines persönlichen Einflusses in der DDP betrieben habe. „Dietrich hatte sich mit einem nicht ausrottbaren Misstrauen gewappnet, als solle er kaltgestellt werden oder als trachte ich danach, ihm die Wege, die ihm sein Ehrgeiz wies, zu verlegen.“<sup>52</sup>

- 49 John Gustav Weiß: Lebenserinnerungen eines badischen Kommunalpolitikers. Hrsg. und bearbeitet von Jörg Schadt. Stuttgart, Berlin, Mainz 1981, S. 163.
- 50 Protokoll über die erste ordentliche Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden, 30. März 1919, in: Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), Nachlass Wilhelm Stahl N 55/92, Bl. 1598.
- 51 Hermann Hummel: Geschlagene Schlachten. Ein Lebenslauf in Synkopen. Geschrieben zu Ehren meiner lieben Frau und treuen Kameradin. Beendet 31.12.36. GLA, 65/20034, S. 280.
- 52 GLA, 65/20034 (wie Anm. 51), S. 287 f.

Die Aussagen Hummels über das Gebaren Dietrichs waren nicht aus der Luft gegriffen. Denn in der Tat scheute sich Dietrich nicht, seine engen Kontakte zu langjährigen Parteifreunden gegen seine tatsächlichen oder vermuteten innerparteilichen Gegner zu instrumentalisieren. Infolge dessen war es ein Ausdruck dieser Begebenheiten, dass der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Konstanz-Villingen, Robert Schlegel, bei den Vorbereitungen der Landtagswahlen 1921 eine Nominierung Hummels für die Spitzenkandidatur im Wahlkreis kategorisch ausschloss.<sup>53</sup> Mit großer Verbitterung blickte Hummel auf diese Vorkommnisse zurück und bezeichnete die Parteigänger Dietrichs verächtlich als „Satrapen vom Bodensee“.<sup>54</sup> Dabei teilten die beiden Parteivorsitzenden in zahlreichen Fragen dieselben politischen Ansichten. Nach der Gründung des badischen Landesverbandes der DVP zählten Hummel wie Dietrich zu denjenigen, die an der Idee einer gemäßigt liberalen Partei festhielten und nach Möglichkeiten suchten, eine Verständigung mit der DVP anzubahnen.

Als Reaktion auf die Gründung der ersten Ortsvereine der DVP waren es vor allem ehemalige Politiker der NLP, die in der ersten Sitzung des Engeren Parteivorstandes der DDP davor warnten, die Volkspartei zu unterschätzen, weil sie eine größere Abwanderungswelle von Mitgliedern an die benachbarte Konkurrenz befürchteten.<sup>55</sup> Dabei hegte vor allem Edmund Rebmann weiterhin die Hoffnung, das gesamte liberale Lager an die DDP binden zu können. Noch unmittelbar vor Gründung der ersten volksparteilichen Vereine hatte sich Rebmann zu einer Aussprache mit alten Parteifreunden in Heidelberg getroffen, um sie zum Bleiben in der DDP zu bewegen. Bei seinen Gesprächspartnern hatte er anscheinend einen anderen Eindruck hinterlassen, denn Rupert Rohrhurst hielt ihm vor, dass alle Versammlungsteilnehmer aus Rebmanns Ausführungen den Eindruck gewonnen hätten, „[...] daß du mit der Gründung der d. d. P. nicht einverstanden seist u[nd] sie jedenfalls mit dem Herzen nicht mitmachen konntest; daß diese Vorgänge u[nd] das Verhalten der neuen Partei bei den Wahlen dir auch den Gedanken nahelegten, die alte nationallib[eral]e Partei in neuer Gestalt wieder ins Leben zu rufen, daß du nur den Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen hieltest.“<sup>56</sup> Da ein längeres Abwarten als nicht tunlich angesehen worden sei, um zu verhindern, dass sich noch mehr Liberale der DNVP anschließen, sei bald nach dieser Besprechung eine Versammlung nationalliberaler Freunde einberufen worden. Aus Verstimmung über die Haltung der DDP in den Wahlkämpfen sei einmütig der Entschluss zur Konstituierung der DVP gefasst worden.

53 Robert Schlegel an Dietrich, 12.7.1921, in: BA, N 1004/267 (wie Anm. 1), Bl. 19 f.

54 GLA, 65/20034 (wie Anm. 51), S. 314.

55 Frankfurter Zeitung Nr. 89, 3.2.1919.

56 Rupert Rohrhurst an Rebmann, 9.6.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9). Das Datum dieser Aussprache wird in dem Schreiben nicht erwähnt.

Die Spaltung im deutschen Liberalismus war insbesondere in der Ausgestaltung des Verhältnisses zur SPD virulent. „Versuchte die DDP immerhin, einigermaßen ihrer Brückenfunktion bei unübersehbar zunehmenden Abgrenzungstendenzen zur SPD gerecht zu werden, verstand sich die DVP überwiegend als antimarxistische Wirtschaftspartei und war für eine Koalitionspolitik mit der SPD nur in [...] Ausnahmefällen zu gewinnen.“<sup>57</sup> Mehrere Politiker, die einst zur Führungsriege der NLP in Baden gezählt hatten, kehrten aufgrund dieser Gegensätze in der politischen Anschauung frühzeitig den Demokraten den Rücken. Während Friedrich Koch seinen Beitritt zur DVP lediglich damit begründete, dass er „die Kriecherei vor den Sozzen“ (sic!) nicht ertrage<sup>58</sup>, lastete Rohrhurst der DDP in der Landespolitik eine Reihe von Fehlentscheidungen an. Nach seinem Empfinden hatte unter Mitwirkung der DDP die badische Verfassung „eine ganz radikale Gestalt“ angenommen, weil u. a. die I. Kammer des Landtags kampflos preisgegeben worden sei. Außerdem warf er namentlich Dietrich und der demokratischen Fraktion vor, der Politisierung des Beamtentums und der Zerrüttung der Staatsfinanzen Vorschub zu leisten.<sup>59</sup>

Auch Karl Ringwald, der von Rebmann gebeten worden war, im Sinne der Demokraten auf Rohrhurst einzuwirken, teilte mit, dass er auf dem Standpunkt der Volkspartei stehe, weil er nicht glaube, dass die DDP jemals nationalliberale Politik betreiben werde. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Horn interpretierte die liberale Vereinigung vom Dezember 1918 als Überrumpelung des Bürgertums, weil sich die angestrebte geschlossene Front gegen „die Roten“ in Wahrheit als Schutztruppe für die Sozialdemokratie entpuppt habe.<sup>60</sup> Um ein Abschwenken weiterer Kreise zu den Deutschnationalen zu vereiteln, sei die Gründung der DVP eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Von den zum Teil harschen Absagen alter Parteifreunde an die DDP ließ sich Rebmann nicht beeindrucken, sondern er blieb den Demokraten treu und hielt bis Mitte der 1920er Jahre Vorträge in Parteiveranstaltungen. Als im Juni 1919 ein Auftritt Rebmanns ausgerechnet in Heidelberg geplant war, geriet er selbst ins Visier der DVP. Rebmann erhielt eine Zuschrift des volksparteilichen Vereinsvorsitzenden – und späteren Reichsaßenministers – Julius Curtius, der ihm nahe legte, seinen Auftritt abzusagen, um der DVP Angriffe auf ihn zu ersparen. Da

57 Jürgen C. Hess: Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik, in: Vorländer (Hrs.), Verfall (wie Anm. 13), S. 91–116, hier S. 110.

58 Friedrich Koch an Rebmann, 12.2.1919, in: GLA, 69 P/36/187 (wie Anm. 9).

59 Rohrhurst an Rebmann, 9.6.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

60 Ringwald an Rebmann, 21.5.1919; Horn an Rebmann, 10.6.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

jedoch demokratische Kreise die Versammlung als einen großen parteipolitischen Wurf ankündigen würden, müsse die Volkspartei ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben. Entschuldigend fügte Curtius hinzu: „Mir ist dieses Schreiben ausserordentlich peinlich, doch glaube ich im Interesse der von mir vertretenen Sache so handeln zu müssen.“<sup>61</sup>

## VI.

Da der organisatorische Auf- und Ausbau der DVP nicht hatte verhindert werden können, schienen sich die Gedankenspiele zur neuerlichen Zusammenführung der liberalen Parteien im Sommer 1919 erledigt zu haben. Doch wurde das Thema erneut Gegenstand intensiver Beratungen in den Führungsgremien der badischen DDP in den Tagen des Kapp-Putsches im März 1920. Bei der Aussprache über die Konsequenzen, die aus dem Geschehen zu ziehen seien, kam auch das Verhältnis zur DVP wieder zur Sprache.

Im Geschäftsführenden Ausschuss habe sich Eberhard Gothein dahingehend geäußert, dass der rechte Augenblick zumindest für eine Annäherung an die Volkspartei gekommen sei. Darüber hinaus berichtete Ernst Frey: „Curtius war bei Dietrich, wie es scheint, um eine Fühlung anzubahnen. Hummel erklärte, den Gedanken grundsätzlich zu begrüßen, es werde eines Tages auch dahin kommen müssen, aber der jetzige Augenblick sei ungeeignet. Alle Re[d]ner haben sich dem angeschlossen. Auch ich habe mich so vernehmen lassen. Die grosse Schwierigkeit liegt darin, dass durch den Kappischen Wahnsinn die Arbeiterschaft wieder ungeheuer misstrauisch geworden ist und die revolutionäre Leidenschaft der Linkenradikalen wieder aufgepeitscht ist. [...] In diesem Augenblick, wo durch den Umsturz ein Ruck nach rechts droht und die Arbeiterschaft glaubt, die Errungenschaften der Revolution retten zu müssen, [...] da müssen wir jeden Schein vermeiden, als ob wir nach rechts rutschten, weil sonst Massen von Sozialdemokraten nach links abrutschen werden. Sie müssen sich vielmehr überzeugen, dass wir mit ihnen auf Seiten der Republik stehen.“<sup>62</sup> Der Plan des Landesvorstands, keinen Zweifel an der Loyalität der DDP gegenüber der Republik aufkommen zu lassen, drohte jedoch durchkreuzt zu werden, als der Landesvorsitzende Hummel aus Freiburg die Nachricht empfing, dass sich dort die beiden Parteien zusammengetan hätten.<sup>63</sup> Hummel gab zu, dass sich seine Besorgnis noch gesteigert habe, „als mir durch die Zensur der ganz zweideutige und hinterhältige Aufruf bekannt

61 Julius Curtius an Rebmann, 6.5.1919, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

62 Ernst Frey an Rebmann, 15.3.1920, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

63 Universitätsprofessor Ludwig Aschoff an Hummel, 15.3.1920, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

wurde, den die Deutsche Volkspartei am 15.3. in Karlsruhe erlassen hatte, und der wohl in der Annahme verfasst wurde, daß Kapp-Lütwitz (sic!) einen Erfolg haben würden. Die Veröffentlichung wurde an den kritischen Tagen untersagt. Wäre der Aufruf am 15. oder 16. veröffentlicht worden, so wären die Folgen unabsehbar gewesen.“<sup>64</sup>

In der Kabinettsitzung des Badischen Staatsministeriums am 17. März war der Inhalt des Schreibens, bei dem es sich um eine Stellungnahme des Landesausschusses der DVP handelte, bekannt gegeben worden. Darin verhinderte die Volkspartei eine Verurteilung des Staatsstreichs, für dessen Zustandekommen sie der Reichsregierung die Hauptschuld zuwies, weil diese wiederholt die Forderungen der Rechtsopposition ignoriert habe.<sup>65</sup> Nach dem Scheitern des Putsches sah sich die DVP daher bei der Aufarbeitung der Ereignisse dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt. Dietrich blieb vorerst nichts anderes übrig, als von einer Forcierung seiner Pläne abzusehen und den Standpunkt des Landesvorstands zu bekräftigen, dass „jede politische Aktion, die nach einer Rechtsbewegung aussieht, eine enorme Erschwerung der Lage bedeutet. Wenn daher mit der deutschen Volkspartei [...] ein Einigungsversuch gemacht werden soll, so muss er von dort kommen.“<sup>66</sup> Nach den großen Verlusten der DDP bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 stellte sich die Situation jedoch verändert dar. Der Abwärtstrend dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass Dietrich noch stärker als in der Vergangenheit eine Verständigung zwischen den Parteien, die das Erbe der NLP angetreten hatten, anstrebte.

Dietrich schätzte die Aussichten für dieses Unterfangen als vielversprechend ein, weil er überzeugt war, dass in Baden kein Umsturzversuch von links mehr drohe, die große Mehrheit der Landtagsfraktion in dieser Frage hinter ihm stehe und sich in der DVP ebenso wie in der DNVF die Erkenntnis durchsetze, dass gemeinsame Strategien gegen die Dominanz des Zentrums in Baden entworfen werden müssten. Ohne Rücksicht auf den linken Parteiflügel zu nehmen, hielt er es für denkbar, in die Sammlung des nationalliberal gesinnten Bürgertums den gemäßigten Flügel der Deutschnationalen einzubeziehen. In Bezug auf die DVP waren für Dietrich andere Szenarien als eine Einigung nicht vorstellbar, wähnte er sich doch, hohes Ansehen in ihren Reihen zu besitzen. Seine Vorstellungen hinsichtlich der zu gründenden Organisation beschrieb er wie folgt: „Die neue Partei müßte eine spezifisch ‚badische‘ sein, die den Einfluß des Zentrums eindämmen u[nd] eine weitere Centralisation im Reich verhindern will. Ein neuer Name wäre zu finden. An die Spitze müßten

64 Glockner an Rebmann, 17.3.1920; Hummel an Rebmann, 20.3.1920, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

65 Kabinettsitzung am 17. März 1920, in: Niederschriften über die Sitzungen des Staatsministeriums aus Anlaß von Unruhen vom 21. Juni 1919, 13. März 1920, GLA, 233/24320, Bl. 28 f.

66 Dietrich an Rebmann, 20.3.1920, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

bisher ‚Neutrale‘, d.h. solche, die seit der Revolution keine Politik gemacht haben, treten.“<sup>67</sup> Ob in diese Richtung jemals Gespräche stattfanden, liegt aber im Dunkeln. Doch statt der erhofften Sammlung setzte sich die Zersplitterung des bürgerlichen Parteienlagers fort. Zu den Landtagswahlen 1921 traten mit der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Badischen Landbund zwei Gruppierungen auf den Plan, die sich anschickten, den liberalen und konservativen Weltanschauungsparteien Wählergruppen abspenstig zu machen.

## VII.

Obwohl die Sammlungsidee zu Beginn der 1920er Jahre an Zugkraft einbüßte, stellte sich für Dietrich bezüglich der Zukunft der DDP die Frage nach einer Alternative zur Sammlung nicht. Für einiges Aufsehen sorgte zu Beginn des Jahres 1924 die Nachricht von einer Zusammenkunft ehemaliger nationalliberaler Landtagsabgeordneter in Baden-Baden. Dietrich bestritt aber gegenüber Generalsekretär Dees vehement, dass die Anwesenden über eine Wiedergründung der NLP gesprochen hätten.<sup>68</sup> In einem weiteren Brief vom selben Tage verriet Dietrich seine wahren Absichten. Da er sich nach eigenem Bekunden große Sorgen um die Zukunft der Demokratischen Partei machte, plädierte er für die Bildung einer „groß-liberalen“ Partei, „wenn der Liberalismus nicht mit allen seinen Schattierungen untergehen soll“.<sup>69</sup>

Dennoch ließen Anzeichen, dass der Antagonismus zwischen DDP und DVP überwunden werden könnte, weiter auf sich warten. Letztere verwarf ein Angebot der DDP, zu den Landtagswahlen im Oktober 1925 mit gemeinschaftlichen Kandidatenlisten anzutreten. Auf diese Absage reagierte Dietrich mit der eingangs zitierten Äußerung, die seinen tief sitzenden Frust über die andauernde Spaltung des liberalen Lagers erkennen ließ. An dem Adressaten des Schreibens, Karl Ringwald, prallten diese Vorwürfe aber ab, er zählte vielmehr unbirrt die Entscheidungen der DDP auf, die aus seiner Sicht für das Scheitern der Vereinigung 1918/19 verantwortlich waren: „Die Bildung der neuen demokr[atischen] Partei erfolgte s[einer] Z[eit] unter dem Versprechen, die Leitung bleibe in der Hand der Liberalen, die ja die grosse Mehrheit bildeten. Aber die liber[alen] Führer wurden prompt über Bord geworfen u[nd] der Demokrat Hummel wurde Vorsitzender. Das war die erste Enttäuschung [...]. Es folgte dann [...] die eigentümliche Regierungsbildung in Baden, das Paktieren mit Zentrum und Sozen im Reich, welches allen liberalen Traditionen ins Gesicht schlug, und deine Partei setzte sich schliesslich die Krone auf

67 Dietrich an Rebmann, 12.8.1920, in: GLA, 69 P/36/242 (wie Anm. 9).

68 Dietrich an Dees, 19.2.1924, in: BA, N 1004/70 (wie Anm. 1), Bl. 52.

69 Dietrich an Robert Schlegel, 19.2.1924, in: BA, N 1004/267 (wie Anm. 1), Bl. 46.

mit ihrem Eintreten für Marx in der Präsidentenwahl.“<sup>70</sup> Ringwald fügte an, dass Dietrich mit dem von ihm mitgetragenen Beschluss des Parteivorstandes, in der Stichwahl um das Amt des Reichspräsidenten den rheinischen Zentrumspolitiker Wilhelm Marx zu unterstützen, sein Ansehen in weiten Kreisen der engeren Heimat beschädigt habe.

Dieser Abneigung zum Trotz verlangte jedoch die politische Konstellation auf Landesebene der DVP ein Umdenken ab, wenn ihr Streben nach Regierungsbeteiligung Aussicht auf Erfolg haben sollte. Denn das Zentrum als Mehrheitspartei war nicht daran interessiert, das bewährte Koalitionsbündnis mit der SPD aufzukündigen und durch eine „Bürgerblock“-Regierung zu ersetzen. Nach Lage der Dinge waren für die DVP Kabinettsposten nur erreichbar, wenn sie bereit war, sich auf die Sozialdemokratie als Koalitionspartner einzustellen. Das überraschende Ende der Weimarer Koalition und der Gang der DDP in die Opposition nach den Landtagswahlen im Oktober 1925 schufen die Grundlage für Gespräche zwischen dem stellvertretenden DDP-Landesvorsitzenden Richard Freudenberg und dem Vorsitzenden der DVP, Eugen Steinel. Als Lehre aus den vorangegangenen Koalitionsverhandlungen, bei denen DDP und DVP aufgrund der Uneinigkeit im liberalen Lager von Zentrum und SPD zu austauschbaren Spielbällen herabgewürdigt worden waren, verständigten sie sich auf eine befristete Zusammenarbeit ihrer Landtagsfraktionen. In der Vereinbarung, die für die laufende Session Gültigkeit besitzen sollte, verpflichteten sich die beiden Fraktionen, die Bildung einer großen Koalition anzustreben.<sup>71</sup>

Da die Zustimmung des Landesvorstands zu dieser Erklärung einzuholen war, bat Dietrich seine näheren Parteifreunde um die Teilnahme an der Sitzung, damit die Gegner dieses Bündnisses überstimmt werden konnten.<sup>72</sup> Dem Mehrheitsbeschluss für diesen Kurs unterwarf sich aber die innerparteiliche Opposition nicht stillschweigend. Es waren jedoch nicht renommierte Wofführer des linken Flügels, sondern Vertreter der Nachwuchsorganisation, der Jungdemokraten, die sich diesem Abkommen öffentlich widersetzen.<sup>73</sup> Der Beweis, dass das Abkommen nicht geeignet war, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Landtagsfraktionen von DDP und DVP aufzubauen, erfolgte wenig später. Denn bei den im Sommer 1926 wieder aufgenommenen Sondierungsgesprächen über eine Erweiterung der Koalition ließen sie sich einmal mehr von Zentrum und SPD mühelos gegeneinander ausspielen. Mit der

70 Ringwald an Dietrich, 19.11.1925, in: BA, N 1004/74 (wie Anm. 1), Bl. 179 f.

71 Dees an Dietrich, 19.2.1926, in: BA, N 1004/229 (wie Anm. 1), Bl. 49-51. Dem Schreiben ist ein handschriftlicher, undatierter Vermerk mit dem Inhalt der Vereinbarung beigefügt.

72 Dietrich an Robert Schlegel, Georg Frech und Eugen Rebholz, 22.2.1926, in: BA, N 1004/229 (wie Anm. 1), Bl. 53-57.

73 Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 380, 25.5.1926; Dees an Dietrich, 28.5.1926, in: BA, N 1004/229 (wie Anm. 1), Bl. 147 f.

Wiederherstellung des *status quo ante*, einer Neuauflage der Weimarer Koalition, verschärften sich wieder Ton und Umgang zwischen beiden Parteien, die sich in regelmäßigen Abständen gegenseitig vorwarfen, für den Bruch ihrer Vereinbarungen verantwortlich zu sein.<sup>74</sup>

Nach den herben Verlusten der DDP bei den Reichstagswahlen 1928 beriet der Parteivorstand in Berlin über die aus dem Ergebnis zu ziehenden Lehren. Hermann Dietrich sprach sich angesichts der düsteren Aussichten der DDP einmal mehr dafür aus, ein Zusammensehen mit den gemäßigten Kräften der Volkspartei in Aussicht zu nehmen.<sup>75</sup> Anhänger und Gegner dieser Idee meldeten sich auf beiden Seiten zu Wort. In einer Wahlkreiskonferenz der DVP in Mannheim stand für den badischen Generalsekretär Hans Wolf eine Fusion der beiden Parteien nicht zur Debatte. Der demokratische General-Anzeiger für Südwestdeutschland war aber überzeugt, dass dieser Wunsch in weiten Kreisen der volksparteilichen Wählerschaft vorhanden sei, und geißelte die Argumente, die Wolf für sein Nein ins Feld führte, als „volksparteiliche Ladenhüter“.<sup>76</sup> Denn bereits in den Tagen des badischen Großblocks seien gegen die NLP Vorwürfe erhoben worden, denen sich nun die DDP ausgesetzt sehe, etwa die Preisgabe ihrer Selbstständigkeit und ein Anlehnungsbedürfnis an die SPD. Bewegung kam in diese Angelegenheit, als auch der Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann, begann, sich mit der Idee einer Neuformierung der Parteien im bürgerlichen Lager auseinanderzusetzen. Zwischen ihm und dem rechten Parteiflügel zeichnete sich ein Zerwürfnis ab, da letzterer immer unverhohlene gegen dessen Führungsrolle und dessen auf Verständigungsbereitschaft angelegten Kurs in der Innen- und Außenpolitik opponierte. Daher nahmen er und sein Pendant Erich Koch-Weser vertrauliche Gespräche auf, in denen sie die Möglichkeiten zur Bildung einer großen staatsbejahenden Partei der Mitte erörterten.

Der öffentliche Aufruf zur Sammlung der Mitte, auf den sich die beiden Parteführer verständigt hatten, kam jedoch nicht zustande, weil am 3. Oktober 1929 Gustav Stresemann verstarb, jene Persönlichkeit, die dank ihres Charismas, ihres Ansehens und ihrer politischen Gestaltungskraft unzweifelhaft an der Spitze der neuen Organisation gestanden hätte. „Ob seine Vision einer großen liberalen Partei unter Einschluß von Teilen des Jungdeutschen Ordens und des linken Flügels der Deutschnationalen eine realistische Grundlage besaß und die Erosion des politischen Liberalismus und der bürgerlichen Mitte

74 General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 36, 12.2.1927 und Nr. 170, 25.7.1927.

75 Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Bearb.): *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933*. Düsseldorf 1980, S. 462.

76 General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 167, 19.7.1928.

aufgehalten – zumindest aber verlangsamt – hätte, muß Spekulation bleiben.“<sup>77</sup>

## VIII.

Infolge dessen begegneten sich Demokraten und Liberale in der Kampagne zu den badischen Landtagswahlen, die am 27. Oktober 1929 stattfanden, wie gewohnt als Konkurrenten. Ein Zeichen des Aufbruchs kam auch auf lokaler Ebene nicht zustande. Die „Front 1929“, ein liberaler Reformclub, hatte sich in Freiburg vergeblich für die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste von DDP, DVP, Wirtschaftspartei und dem Verband der Inflationsgeschädigten im dortigen Wahlkreis eingesetzt. Nach Ansicht des örtlichen Vorsitzenden der Front sei kein positiver Abschluß der Verhandlungen erreicht worden, weil sich sowohl Volkspartei als auch Wirtschaftspartei Illusionen über ihre Wahlausichten hingegeben hätten.<sup>78</sup> Erst nach den Wahlen bewegten sich DDP und DVP wieder aufeinander zu; ihre Landtagsabgeordneten verständigten sich auf eine Neuauflage der Arbeitsgemeinschaft, um sich in den Koalitionsverhandlungen mit Zentrum und SPD erfolgreich behaupten zu können. Nachdem sie aber mit ihren Personalforderungen abgeblitzt waren, musste sich das Bündnis erneut in die Oppositionsrolle einfinden. An eine Vereinigung der beiden Parteien, berichtete DDP-Landesgeschäftsführer Wilhelm Stahl, „denke natürlich von maßgebenden Leuten noch niemand offen. Die Bindung der Fraktionen soll zunächst nur auf Probe und für die Landtagsarbeit sein. Läßt sich diese gemeinsame Arbeit gut an, so kann man dann langsam weiter arbeiten.“<sup>79</sup>

Die Gelegenheit dazu bot sich bereits ein dreiviertel Jahr später. Nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstags und der Ausschreibung von Neuwahlen loteten die Parteführer des bürgerlichen Lagers im Juli 1930 in Berlin nochmals die Möglichkeiten von Wahlbündnissen und Fusionen aus. Das einzige greifbare Ergebnis der Sondierungen war die Konstituierung der Deutschen Staatspartei (DStP) als gemeinsame Plattform von DDP, Volksnationaler Reichsvereinigung (VNR) und jungliberalen Reformern. Die VNR war erst einige Monate zuvor als Ableger des Jungdeutschen Ordens gegründet worden, um sich als „staatsbürgerliche Bewegung mit parlamentarischer Vertretung und Partefunktion“ am politischen Tagesgeschäft zu beteiligen.<sup>80</sup> Der demokratische Parteiausschuss verabschiedete den Antrag, der Gründung der DStP

77 Richter, Deutsche Volkspartei (wie Anm. 7), S. 550-565, hier S. 565.

78 René Cesar Ley an Dietrich, 22.5.1929 und 23.7.1929, in: BA, N 1004/239 (wie Anm. 1), Bl. 41 und 52.

79 Wilhelm Stahl an seine Familie, 16.11.1929, in: AdL, N 55/73 (wie Anm. 50), Bl. 1937.

80 Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958, S. 93 f.

zuzustimmen und die demokratische Parteiorganisation für den Wahlkampf der Staatspartei zur Verfügung zu stellen, mit nur wenigen Gegenstimmen.

Im badischen Landesverband wurden die Anfänge der Staatspartei überwiegend positiv beurteilt. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Donaueschingen-Engen bekannte zwar, dass die Wahlkreiskonferenz eine Einigung mit der DVP favorisiert habe, doch sei die Gründung der DStP als Beginn zur Erneuerung des deutschen Parteiwesens in jeder Hinsicht zu begrüßen.<sup>81</sup> Der Landesausschuss beharrte allerdings auf „unbedingter Bejahung des neuen Staates sowie Bewahrung des demokratisch-liberalen Gedankenguts des Bürgertums“ und unterstrich auf diese Weise, dass die neue Partei von den Demokraten in Baden nur mitgetragen würde, wenn sie an den Idealen der DDP festhielte.<sup>82</sup> Der Verlauf der Tagung stellte Dietrich rundum zufrieden: „Nach stundenlangem Debattieren haben wir schliesslich einstimmig beschlossen, uns hinter die Staatspartei zu stellen. Das einzige, was glatt ging und wozu sich überhaupt keine Redner zu Wort meldeten, war meine Aufstellung zum Spitzenkandidaten, welcher auch die Volksnationale Reichsvereinigung bereits zugestimmt hat.“<sup>83</sup>

In Baden wurde die Zusammenarbeit der Beteiligten offenbar durch den Umstand erleichtert, dass Ernst Frey, der noch im November 1928 dem Geschäftsführenden Ausschuss der DDP angehört hatte, in der Zwischenzeit zum Landesvorsitzenden der Reichsvereinigung gewählt worden war.<sup>84</sup> Vermutlich wegen des Fehlens einer nennenswerten Anhängerschaft der VNR respektive des Jungdeutschen Ordens im Südwesten unterblieb die Bildung vorläufiger Gremien der Staatspartei. Aus demselben Grund kamen VNR und DDP in den Wahlkreisen Baden und Württemberg überein, auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten zu verzichten. Diese Vereinbarung machte in den Stammländern des Liberalismus den Weg frei, den Wunsch nach einer Sammlung der Mitte wesentlich stärker zum Ausdruck zu bringen. Ungeachtet der fruchtbaren Gespräche in der Reichshauptstadt setzten die Landesvorstände der beiden liberalen Parteien in Baden und Württemberg ohne Rücksprache mit ihren Parteileitungen eine eigene Initiative ins Werk.

Am 9. August 1930 unterbreitete Dietrich seinem Kabinettskollegen Curtius per Telegramm das Angebot: „Nachdem die grosse Sammlung auf dem Wege der Vereinbarung der Parteileitungen gescheitert ist, bin ich der Meinung, dass das Zusammengehen nunmehr von unten kommen muss. Schlage

81 Georg Frech an seinen Parteifreund und Verleger des Badener Tageblattes, Hermann Kölblin, 28.7.1930, in: BA, N 1004/120 (wie Anm. 1), Bl. 57.

82 Frankfurter Zeitung Nr. 573, 4.8.1930; General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 179, 4.8.1930.

83 Hermann Dietrich an Martha Dietrich, 5.8.1930, in: BA, N 1004/119 (wie Anm. 1), Bl. 223.

84 Ernst Frey an Dietrich, 30.4.1930, in: BA, N 1004/120 (wie Anm. 1), Bl. 112; Mitteilungsblatt Nr. 1, 6.11.1928. Hg. von der Landesgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei in Baden, S. 5, in: BA, N 1004/232 (wie Anm. 1), Bl. 329.

vor, dass Sie und ich im Wahlkreis Baden auf einer Liste kandidieren. Bin im Interesse der Sache bereit, Ihnen die erste Stelle einzuräumen.“<sup>85</sup> In seinem Antwortschreiben willigte Curtius in den Vorschlag ein, weil nur dieser „drastische Schritt“ helfe, den Liberalismus in seinem Kernbestand zu sichern.<sup>86</sup> Damit waren die Weichen für eine Einigung in den noch anstehenden Verhandlungen gestellt. Sechs Tage später teilten Staatspartei und DVP in einer gemeinsamen Erklärung mit, dass für Baden und Württemberg die Aufstellung von Einheitslisten „Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei“ vereinbart worden sei.<sup>87</sup>

Doch weder die Gründung der Staatspartei noch deren Listenverbindung mit der DVP im Südwesten waren in der Lage, den Liberalismus aus dem Tief zu führen. Vielmehr bewies das niederschmetternde Ergebnis der Wahlen vom 14. September 1930, dass das Vertrauen der Wähler in sämtliche Parteien der Mitte nahezu aufgezehrt war. Trotz über vier Millionen mehr abgegebener Stimmen als bei den Reichstagswahlen 1928 verzeichneten die Demokraten den Verlust von weiteren rund 200.000 Wählern. Gleiches galt für die liberalen Einheitslisten in Baden und Württemberg, die jeweils nur knapp 10% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und damit die Erwartungen ihrer Initiatoren nicht annähernd erfüllen konnten. Doch selbst in den eigenen Reihen war die Einheitsliste nicht nur auf Zuspruch gestoßen. Nach Einschätzung von Gottlieb Trautwein, Vorsitzender der Demokraten in Schiltach, hatten sich die Parteien nicht in allen Ortschaften im Kinzigtal dazu überwinden können, einträchtig zusammenzuarbeiten. „Währenddem die Hornberger, Wolfacher und Schenkenzeller Mitglieder der Volkspartei sich sehr stark rührten und einen Bekennermut an den Tag legten, den wir für manchen unserer Freunde gewünscht hätten, so z. B. in Wolfach, fehlte hier jegliches Verständnis der Volkspartei für die Einheitsliste 6 und deren Mitarbeit.“<sup>88</sup> Ebenso hatte Landesgeschäftsführer Hubert Zircher im Wahlkampf den Eindruck gewonnen, dass sich die DVP wegen großer innerer Gegensätze in vielen Orten nur unzureichend oder gar nicht betätigt habe.<sup>89</sup>

Der deprimierende Wahlausgang führte dazu, dass sich anschließend Demokraten und Jungdeutsche im Hauptaktionsausschuss der Staatspartei, dem vorläufigen Führungspremium, mit gegenseitigen Schuldzuweisungen überzogen. Die von Anfang an latent vorhandenen, aber zunächst ausgeblendeten

85 BA, N 1004/255 (wie Anm. 1), Bl. 89/91.

86 Curtius an Dietrich, 10.8.1930, in: BA, N 1004/255 (wie Anm. 1), Bl. 93.

87 Richard Freudenberg: Die „Einheitsliste“ und ihr Ziel, in: *Hochwächter auf dem Schwarzwald* Nr. 192, 22.8.1930.

88 Gottlieb Trautwein an die Landesgeschäftsstelle der DDP in Karlsruhe, 21.9.1930. Die Kopien aus dem Nachlass Trautwein wurden dem Verfasser freundlichst von Herrn Dr. Hans Harter, der in der Zeitschrift „Die Ortenau“ zwei Artikel über die politische Tätigkeit Trautweins publiziert hat, zur Verfügung gestellt.

89 Zircher an Dietrich, 13.9.1930, in: BA, N 1004/126 (wie Anm. 1), Bl. 576.

Gegensätze weltanschaulicher Denkungsart und die unterschiedlichen Ansichten über den künftigen Organisationsaufbau der Staatspartei prallten nun frontal aufeinander. Am 7. Oktober 1930 verkündete der Hochmeister des Ordens, Artur Mahraun, den Auszug der Jungdeutschen bzw. Volksnationalen aus der DStP. Mit dem Bruch des Bündnisses wurden die in Baden geleisteten Vorbereitungen zur Vereinigung von DDP und VNR ebenfalls hinfällig. Wenige Tage zuvor hatten sich ihre Vorstände in gemeinsamer Sitzung über Richtlinien für die künftige organisatorische Arbeit verständigt, und in Karlsruhe hatte sich eine Mitgliederversammlung vorbehaltlos für die Gründung der staatsparteilichen Ortsgruppe ausgesprochen.<sup>90</sup> Die Jungdeutschen im Südwesten widersetzten sich aber dem Beschluss ihrer Führung nicht, weil – so wurde in der Presse gemutmaßt – allein aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche eine Auflehnung gegen Mahraun nicht in Frage gekommen sei, obwohl die Zusammenarbeit von ihnen und Demokraten im Land reibungslos funktioniert habe.<sup>91</sup>

Trotz des Rückschlags hielten der DDP-Reichsparteivorstand und die badische Parteiführung unisono daran fest, die Parteiorganisation in die „Deutsche Staatspartei“ zu überführen. Landesgeschäftsführer Stahl beschied seinem widerstrebenden Vater: „Bei der Tatsache, dass wir in Baden wohl schon die Hälfte aller demokratischen Vereine umorganisiert haben und heute staatsparteiliche Vereine bestehen, steht es für mich ausser Frage, dass wir die von dir gewünschte Umkehr zur DDP nicht machen können.“<sup>92</sup> Dieser Einsicht beugte sich auch die turnusmäßig auf den 19. Oktober 1930 nach Offenburg einberufene Landesversammlung der Demokraten. In einer mehrstündigen Aussprache habe die „übergroße Mehrheit“ die Auffassung vertreten, dass die DDP ihr Aufgehen in der Staatspartei beschließen solle. Die Diskussionsredner seien sich weitgehend einig gewesen, dass in der DStP „die demokratischen Ideen mit Nachdruck weiter gepflegt und verfochten werden sollen“.<sup>93</sup> Nach zuvoriger formeller Auflösung der DDP fand der Gründungsparteitag der DStP am 9. November 1930 in Hannover statt. Obwohl die Staatspartei den Anspruch erhob, nicht mit der alten DDP identisch zu sein, war die Änderung des Parteinamens auffälligstes Merkmal des verpatzten Sammlungsversuches. Innerhalb des badischen Landesverbandes waren keine signifikanten Veränderungen im personellen Erscheinungsbild und in der programmatischen Ausrichtung festzustellen. Selbst einer der bekanntesten Kritiker, Oskar Hofheinz, der mehrfach die Gründung der Staatspartei als Verrat an den demokratischen Idealen gegeißelt hatte, blieb als Vorsitzender der Landtagsfraktion und Vorsitzendesmitglied in herausgehobener Stellung für die DStP tätig.

90 General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 228, 1.10.1930 und Nr. 232, 6.10.1930.

91 Hochwächter auf dem Schwarzwald Nr. 235, 11.10.1930.

92 Stahl an seinen Vater, 10.10.1930, in: AdL, N 55/102 (wie Anm. 50), Bl. 38.

93 General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 244, 20.10.1930.

Unterdessen legte der Landesverband der DStP – ebenso wie die DVP – wieder besonderen Wert auf seine Eigenständigkeit, weil das liberale Wahlbündnis den Härtetest an den Wahlurnen nicht bestanden hatte. Auch wenn sich einzelne Parteigliederungen zunächst weiterhin für eine Fusion mit der DVP ausgesprochen hatten, so nahmen die zuständigen Parteigremien doch Abstand von solchen Überlegungen. Eine landesweite Neuauflage des Wahlbündnisses für die Gemeindewahlen im November 1930 stand deshalb nicht mehr zur Debatte. Das auf beiden Seiten sinkende Interesse an einer dauerhaften Verständigung blieb nicht ohne Folgen für die Arbeitsgemeinschaft ihrer Fraktionen im Landtag.

Erste Risse im Gefüge der Arbeitsgemeinschaft wurden sichtbar, als wiederholt Äußerungen aus dem Umfeld der Koalitionsparteien kolportiert wurden, dass Zentrum und SPD für eine Erweiterung der Regierung offen seien. Von diesem Moment an waren weder Staatspartei noch DVP darauf erpicht, ihr Handeln aufeinander abzustimmen, sondern beide Fraktionen suchten primär den eigenen Vorteil. Nachdem Steinel zu Beginn des Jahres 1931 in öffentlicher Versammlung das Interesse der DVP an neuen Verhandlungen bekundet hatte, wurde auch die DStP in dieser Angelegenheit tätig. In einer Sitzung von Parteivorstand und Fraktion sei der Entschluss gefasst worden, bei annehmbaren Bedingungen wieder in die Regierung einzutreten. Die DVP sollte aber über diese Haltung in Kenntnis gesetzt werden, weil der Gang beider Parteien ins Regierungslager ebenfalls eine Option darstellte.<sup>94</sup> In den folgenden Wochen und Monaten gingen – vergleichbar mit den Ereignissen im Herbst 1926 – die Sondierungen der Parteien weiter.

Doch während allem Anschein nach die Parteiführung der DVP entschlossen die Aufnahme in das Kabinett anstrebte, hatte die demokratische Fraktion in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Anfang Mai 1931 betont, dass für sie weder Voraussetzungen noch Notwendigkeiten für einen Regierungseintritt vorlägen.<sup>95</sup> Als einige Wochen später Zentrum, SPD und DVP ihre Koalition besiegelten, versicherten sie zugleich, dass es noch immer den Demokraten unbenommen sei, ins Regierungslager zu wechseln.<sup>96</sup> Dazu kam es jedoch nicht, weil die Delegierten auf dem Landesparteitag der Staatspartei den Beschluss der Fraktion und des Parteivorstands, unter den gegenwärtigen Bedingungen den Gang in die Regierung abzulehnen, einmütig billigten. Zur Begründung hatte Fraktionsvorsitzender Hofheinz erklärt, das Zentrum habe der Staatspartei volle Mitverantwortung auferlegen, aber nur minimalen Einfluss zugestehen wollen.<sup>97</sup> Das damit einhergehende Ende der demokratisch-liberalen Arbeitsgemeinschaft hatte als Nachspiel noch einen Schlagabtausch in

94 Zircher an Dietrich, 18.1.1931, in: BA, N 1004/134 (wie Anm. 1), Bl. 201 f.

95 Generalanzeiger für Südwestdeutschland Nr. 147, 27.6.1931.

96 Frankfurter Zeitung Nr. 432, 13.6.1931.

97 Frankfurter Zeitung Nr. 435, 14.6.1931.

der parteinahen Presse zur Folge, weil sich Staatspartei und Volkspartei gegenseitig bezichtigten, die Verantwortung für dieses Ergebnis zu tragen. Auf einen Artikel des Pressedienstes der DVP antwortete Freudenberg in einem offenen Brief, der in den Sätzen gipfelte: „Ich weise für mich und meine Freunde den Vorwurf, die Arbeitsgemeinschaft preisgegeben zu haben, mit aller Entschiedenheit zurück. Ich behaupte vielmehr, daß Herr Dr. Mattes uns bewußt übergangen [...] und damit der von so vielen, besonders auch von mir, erhofften einstigen Zusammenfassung des freiheitlich gesinnten Bürgertums in Baden einen kaum wieder gut zu machenden Schaden zugefügt hat.“<sup>98</sup>

Mit dieser Einschätzung lag Freudenberg richtig, weil beide Parteien bereits erheblich geschwächt und personell ausgezehrt, aber jede auf sich allein gestellt auf die große Krise der Weimarer Republik zusteuerten. Dabei wäre die Aufkündigung des Bündnisses zwischen DStP und DVP in Baden vermeidbar gewesen, da zwischen den Landesverbänden keine unüberbrückbaren Differenzen mehr zu überwinden waren. Dies bewies einmal mehr die Regierungsbildung im Sommer 1931, die gemeinhin für einiges Aufsehen in der Öffentlichkeit, aber vorrangig für erheblichen Ärger in der volksparteilichen Reichsorganisation sorgte. Das Regierungsbündnis mit der SPD in Karlsruhe stellte eine ungeheuere Provokation für die reaktionären Kräfte in der Volkspartei dar, die zunehmend die Oberhand im innerparteilichen Richtungsstreit gewannen und die Partei durch einen unnachgiebigen Rechtskurs an die DNVP und die Nationalsozialisten heranführen wollten. Der badische Landesverband stand dagegen deutlich erkennbar auf dem linken Parteiflügel, der vergeblich die Rückbesinnung auf die Politik Stresemanns beschwore. Mit dieser Haltung wären die inhaltlichen Voraussetzungen für eine Partnerschaft bis hin zu einer Vereinigung von Staatspartei und DVP gegeben gewesen. Letztlich erwiesen sich die Bedingungen in der badischen Landespolitik als zu hohe Hürde. Im Streben nach Regierungsbeteiligung und Ministerämtern befanden sich DDP bzw. DStP und DVP seit den Landtagswahlen 1921 in einer permanenten Konkurrenzsituation, so dass persönliche Ambitionen und Aversionen in den Führungsebenen ein Übriges taten, das Entstehen gegenseitigen Vertrauens zu vereiteln. Alle Absprachen und Vereinbarungen kamen folglich nie über den Status kurzfristiger Zweckbündnisse hinaus, weil sowohl Demokraten als auch Volksparteiler zu keiner Zeit die Erlangung eigener Vorteile zurückstellten, sondern dafür bereit waren, die gemeinsamen Absichten und Ziele zu opfern.

98 Offener Brief! Herrn Rechtsanwalt Steinel, M.d.L., Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden. Von Richard Freudenberg, in: General-Anzeiger für Südwestdeutschland Nr. 148, 29.6.1931.

